



Presseecho

Kölner Stadt-Anzeiger, 26. Juni 2008

Mehr Gegner von Studiengebühren

ERSTELLT 26.06.08, 11:57h, AKTUALISIERT 26.06.08, 19:36h

Wenn es nach dem Willen der Studierenden ginge, würden Studiengebühren sofort abgeschafft. 70 Prozent der Zahler sind gegen die Gebühren, ergab eine Langzeitstudie der Uni Hohenheim.



Demonstration gegen Studiengebühren in Düsseldorf. (Bild: dpa)

STUTT GART - Studiengebühren in Deutschland bleiben ein rotes Tuch. 70 Prozent aller zahlenden Studierenden sprechen sich dafür aus, die Gebühren sofort abzuschaffen, wie aus aktuellen Ergebnissen einer Langzeitstudie der Universität Hohenheim vorgeht, die am Donnerstag in Stuttgart veröffentlicht wurden. Danach sprachen sich nur 16 Prozent der Befragten Studenten für einen Erhalt der Gebühren aus. Die Zahl derjenigen, die sich als Gebührengegner bezeichnen, stieg im Vergleich zu 2007 nochmals an - von 60 auf aktuell 63 Prozent.

Für den "Gebührenkompass" wurden den Angaben zufolge von einem Hohenheimer Marktforschungsteam an 54 Universitäten in den derzeit sieben deutschen Gebührenländern insgesamt 6150 Studierende interviewt - pro Uni mindestens 100. Die meisten von ihnen vertraten dabei die Auffassung, dass die Gebühren keine Vorteile bringen. 74 Prozent der Befragten gaben an, bislang keine Verbesserung der Lehre durch die Zahlungen wahrgenommen zu haben. Auch für die Zukunft erwarten die meisten Zahler keine Verbesserungen.

Befragt nach der Zufriedenheit mit der Verwendung der Gebühren gaben die Befragten im Bundesdurchschnitt ihren Universitäten auf einer Notenskala von 1 (sehr zufrieden) bis 6 (sehr unzufrieden) lediglich die Note 4,55. Im Vorjahr war es noch eine 3,5. Die besten Noten erhielten noch die Universität Bayreuth (3,75), die Universität Clausthal-Zellerfeld (3,81), die Uni Konstanz (3,89) sowie die Unis in Bamberg und Aachen (jeweils 3,93).

Unter den Ländern schneiden die Universitäten in Bayern, die im Durchschnitt auf eine Note von 4,27 kamen, sowie die baden-württembergischen Unis (4,43) noch am besten ab. Am Ende des Rankings befinden sich Hamburg und Nordrhein-Westfalen (beide 4,76). Ursachen für die Unzufriedenheit sind der Studie zufolge fehlende Transparenz und mangelhafte Information über die Gebührenverwendung, aber auch Angst vor einem Missbrauch der Gebühren für Kürzungen der Hochschulmittel der Länder. Den Angaben zufolge nahmen die Universitäten in den Gebührenländern im vergangenen Semester insgesamt rund 350 Millionen Euro Studiengebühren ein. (ddp)